

## Am 13. März DKP wählen!

### **Nicht wählen ist falsch!**

Viele Wählerinnen und Wähler sind unzufrieden mit der heutigen Politik, die sich letztendlich gegen sie richtet!

Wie viele Versprechen wurden bei den letzten Wahlen gemacht und wie viele (wenige) wurden eingehalten?

Deshalb nicht zur Wahl zu gehen ist der falsche Weg. Nur wer wählen geht nimmt Einfluss auf die Politik. **Würden alle Nichtwähler die DKP (oder ungültig) wählen, käme ihr Protest klar zum Ausdruck!**

Seit 40 Jahren ist die DKP im Heidenheimer Gemeinderat vertreten. Seit 2004 hält Reinhard Püschel das Mandat inne. Er hat sich immer für die „kleinen Leute“ eingesetzt. Selbst der Heidenheimer Oberbürgermeister „schimpfte“ in als Robin Hood, weil er die Anliegen weniger Bürger vertreten würde.

### **So ist es!**

Bei den Bebauungsplänen im „Kornbaindt“, im Wohngebiet „Reutene“ oder „Fuchssteige“ - Püschel stellte sich im Gemeinderat an die Seite der Anwohner.

Wenn es um die Bildung ging, sprach er sich fast immer als einziger Stadtrat gegen die Gebührenerhöhungen (z.B. Kindergarten oder Musikschule) aus.

Auch für Hartz-IV Bezieher machte er sich stark. So verlangte er u. a., keine Stromsperrungen zuzulassen.

Zudem forderte er mehrmals einen Armutsbericht, damit endlich deutlich wird, wie gross sich die Armut auch in Heidenheim verbreitet hat.

Gleiches gilt auch für sein jahrelanges Eintreten für den sozialen bezahlbaren Wohnungsbau und einen bezahlbaren Busverkehr. Heute spricht sich die Stadtverwaltung für einen sozialen Wohnungsbau aus.

Auch die Heidenheimer Stadtwerke bekamen ihr Fett weg: „Runter mit den Preisen bei Gas, Strom und Wasser“ und die Forderung nach Offenlegung der Preiskalkulationen waren Aktionen der DKP.

Reinhard Püschel würde als Landtagsabgeordneter seine Wahlversprechen einhalten.

**Am 13. März zur  
Wahl gehen!  
DKP wählen!**



### **Sie lesen in dieser Ausgabe:**

- Seite 2 Beitragsfreier Kindergarten  
Keine Sanktionen bei Hartz IV
- Seite 3 Sozialer Wohnungsbau  
IGM-Lohnrunde 2016  
Angriffe auf Flüchtlingsheime
- Seite 4 AKW Gundremmingen  
TTIP-Geheimvertrag

### **„Königsbronner Friedensgespräche“ am Dienstag, 5. April 2016, 19 Uhr**

in der Hammerschmiede in Königsbronn, beim Rathaus  
Auf dem Podium: Agnieska Brugger (Die Grünen), Tobias Pflüger (Die Linke) und Roland Hamm (IGM).

### **Demonstration und Kundgebung am Samstag, 9. April 2016, 12 Uhr**

Start am Bahnhof Königsbronn, Georg-Elser-Denkmal.



# DKP für beitragsfreien Kindergarten

## 2016 erneute Anhebung in Heidenheimer Kindergärten

Die SPD hat den Wählerinnen und Wählern viel versprochen, aber wenig eingehalten. Jetzt, vor der Landtagswahl, verspricht sie nochmals den kostenlosen Kindergarten schrittweise einzuführen. Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) hält dagegen: „Das können wir uns leider nicht leisten!“

Die DKP sieht das anders: „Bildung ist ein Grund- und Menschenrecht. Dazu gehört auch ein beitragsfreier Kindergarten!“

Auch Familien mit wenig Geld müssen in der Lage sein ihren Kindern einen Kindertagesaufenthalt zu ermöglichen.

Das ist soziale Gerechtigkeit.

Nach Aussagen von DKP-Stadtrat Reinhard Püschel hat dieses Thema auch schon öfters im Heidenheimer Gemeinderat eine Rolle gespielt.

Die DKP und er haben sich immer gegen eine Erhöhung gewehrt.

Im Jahr 2011 hat der Gemeinderat für drei Jahre eine „stufenweise Anhebung der Elternbeiträge“ beschlossen. Mittlerweile finden die Erhöhungen jährlich statt. Sie werden zudem unter dem Punkt „Bedarfsplan“ versteckt und nicht extra benannt.

Jetzt im Jahr 2016 erhöhen sich die Elternbeiträge zwischen 3 Prozent und 10 Prozent.

Auch bei der Abstimmung für eine Erhöhung bei der Musikschule hat er in der Dezembersitzung 2015 dagegen gestimmt. Nur zwei Stadträte haben ihr „Nein“ deutlich gemacht.



## Nein zu Hartz-IV-Sanktionen

# Grundrechte des Menschen darf man nicht beschneiden!

399 Euro beträgt der Hartz-IV-Satz und er muss für einen Monat reichen: Für alles was der Mensch zum Leben braucht.

Für die meisten Erwerbslosen ist es kaum möglich damit über die Runden zu kommen.

Für viele wird es oft noch schlimmer.

Jedes Jahr verhängen Job-Center harte Strafen gegen Hartz-IV-Bezieher, indem sie den kleinen Betrag kürzen oder ganz streichen. Das Heidenheimer galt mal in dieser Sache als das „härteste Job-Center“.

Wer Sozialleistungen bezieht, muss sich den Auflagen beugen.

Wer einen Job ablehnt, Bewerbungen nicht schreibt oder den Termin verpasst, bekommt die Leistungen gekürzt.

Jahr für Jahr werden rund 1 Million Leistungsrechte Opfer einer Sanktion – oft zu Unrecht. 107 Euro betrug die durchschnittliche Kürzung im Jahr 2014. Das ist viel Geld für Menschen, die zu wenig haben.

Bei Klagen vor den Sozialgerichten mussten viele Sanktionen zurückgenommen werden.

Die Existenz eines Menschen ist ein Grundrecht. Grundrechte muss sich niemand verdienen, meint die DKP.

Der Mensch hat dieses Grundrecht unabhängig von seiner Staatsbürgerschaft oder seiner Herkunft.

Deshalb:

**Weg mit Hartz-IV!**

**Für eine Mindestsicherung ohne Sanktionen!**

*Sogar der Namensgeber bekennt:*



## Spende!

Wir benötigen deine/Ihre Unterstützung  
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten  
Veröffentlichungen kosten Geld!

Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

IBAN: DE03 632 500 030 000 041 390 3

BIC: SOLADES1HDH

Kreissparkasse Heidenheim

**marxistisch · kritisch · analytisch**



**UZ**  
**- unsere zeit -**  
Wochenzeitung der DKP  
★

Jetzt 4 Wochen kostenlos probieren!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:  
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0251 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

## Sozialer Wohnungsbau

Mindestens seit der Jahrtausendwende hat sich die Politik aus dem sozialen Wohnungsbau zurückgezogen. Er wurde nicht mehr als „Kernaufgabe“ gesehen und somit den großen Immobilienhaie wie der „Gagfah“ das Feld überlassen.

Vier bis fünf Millionen Sozialwohnungen fehlen derzeit in Deutschland.

Die knappen Mietwohnungen sind mit ein Grund für die ständig steigenden Mieten. Dies ist und war auch durch die großen Parteien wie CDU und SPD so beabsichtigt. DKP-Stadtrat Reinhard Püschel hat in den letzten Jahren immer wieder mit Anträgen den kommunalen, sozialen Wohnungsbau gefordert und ist dabei auf taube Ohren bei den Gemeinderatsfraktionen gestossen.

Auf Grund der Flüchtlingszahlen hat sich mittlerweile ein Umdenken gebildet. Auch Oberbürgermeister B. Ilg ist heute der Meinung, es sei ratsam, sich mit sozialem Wohnungsbau zu befassen. Im Plan sei, auf dem Gelände des früheren Wohnviertels „Klein Zürich“, wieder Sozialwohnungen bauen zu lassen.

Im Jahr 2006 hat die Stadt aus dem Verkaufserlös der GBH an die Gagfah eine Rücklage von 5 Millionen Euro gebildet. Die DKP gehörte zu den wenigen Abrissgegnern von „Klein Zürich“. Auch gegen den Verkauf der GBH an die Gagfah hat sie sich vehement gewehrt.

Der kommunale, soziale Wohnungsbau muss für alle Menschen zugänglich sein, die nicht so viel Geld besitzen, meint die DKP.



Der soziale Wohnungsbau wird von Steuergeldern finanziert und darf daher nicht Miethaien überlassen werden, da sie letztendlich nur Profit machen wollen und dafür die Mietpreise steigen lassen.

Der soziale Wohnungsbau muss von der Stadt getragen und organisiert werden.

Der Gemeinderat sollte letztendlich das Wort haben, meint Stadtrat Reinhard Püschel

## Mehr Lohn, damit die Kaufkraft gestärkt wird

Für die 800 000 Beschäftigten der südwestdeutschen Metall- und Elektroindustrie hat die Tarifrunde begonnen.

Die 180 Betriebsräte und Vertrauensleute stellten eine erste Forderung auf: 5 Prozent mehr Lohn ab April, für die kommenden 12 Monate.

Ihre Rechnung: 1 Prozent mache die Produktivitätssteigerung aus, 2 weitere addierten sich aus der Stärkung der Kaufkraft aus den Unternehmensgewinnen und 2 weitere Prozent addieren sie aus dem Inflationsziel der EZB; mache zusammen 5 Prozent. Drei von vier Betriebsräten gaben die Lage in ihrem Unternehmen als gut bis sehr gut und bisweilen sogar als hervorragend an.

Auch Südwestmetall-Chef Wolf sagte, es gehe einer Reihe von Unternehmen gut bis sehr gut. Trotzdem hält er die 5 Prozent Forderung als „jenseits der Realität“.

Mehr Lohn stärke die Kaufkraft in unserem Land und Sorge dadurch auch für mehr Arbeitsplätze, meint die DKP.

Damit mindestens 5 Prozent für die Beschäftigten herauskommen, müssten die Beschäftigten mit ihrer IG-Metall solidarisch zusammenstehen und kämpfen.

Die erste Verhandlungsrunde startet am 16. März. Die Friedenspflicht endet am 28. April, danach könnte gestreikt werden.



**GEMEINSAM  
GEGEN  
RECHTS-  
POPULISMUS  
UND  
RASSISMUS!**

## Tägliche Attacken auf Flüchtlingsheime - doch kaum jemand merkt es noch

92 Angriffe auf Flüchtlingsheime gab es bereits bis zum 5. Februar 2016. Die Hassreden von Pegida und AfD wirken weiter, tagtäglich.

Doch in der medialen Wahrnehmung sind die Ängste der Deutschen populärer als die Ängste der Flüchtlinge.

Allein 11 Talkshows widmeten sich seit Jahresbeginn den Ereignissen der Silvesternacht in Köln, keine einzige hingegen thematisierte die alltägliche reale Gewalt gegen Flüchtlinge.

Es ist ein Skandal, in welchem Umfang tagtäglich Menschen durch rechte Straftäter angegriffen werden. In dem von Pegida und AfD geschürten Klima der Gewalt bleibt der Schutz der zu uns Geflüchteten auf der Strecke.

Kämpfen wir gemeinsam dafür, dass die hässlichen Übergriffe endlich wirksam eingedämmt werden. So lange Flüchtlinge hierzulande so massiv um ihre Sicherheit fürchten, haben Medien die Verpflichtung darüber weiterhin zu berichten.

# So kann es nicht weitergehen!

## Rost an 2000 Atommüllfässer bei Karlsruhe! AKW-Gundremmingen am gefährlichsten?

Laut dem Nachrichtenmagazin „Spiegel“ soll eine Studie belegen, dass das AKW Gundremmingen das gefährlichste noch am Netz befindliche Atomkraftwerk Deutschlands ist.

Demnach seien Zwischenfälle ausgewertet worden, aus denen sich im Ernstfall eine Kernschmelze hätte entwickeln können. Mit insgesamt 14 solcher Störfälle (1993-2010) in seinen zwei Blöcken führe das Gundremminger AKW die Statistik der noch laufenden Kraftwerke an. Die anderen sieben AKWs kämen zusammen auf elf solcher Ereignisse.

Die DKP, aber auch viele Menschen fragen sich, warum wird die bayerische Atomaufsicht nicht endlich wach?

Es kommt noch schlimmer! Im Jahr 2014 wurden 1700 rostige Atommüll-Fässer im Zwischenlager bei Karlsruhe gefunden. Mittlerweile sind es 2200 Fässer, deren Innenwände Rost aufweisen. „Ein Fass, das rostet, wird zum Risiko, weil es über kurz oder lang nicht mehr dicht ist“ sagt Umweltminister Franz Untersteller.

Die DKP sagt: Sofortige Abschaltung aller AKWs. Jeden Tag wird Atommüll produziert. Dieser Atommüll kann rund 1 Million Jahre tödlich strahlen.

Wiederholt wendete sich die DKP-Heidenheim an die Stadtverwaltung und an die Landkreisverwaltung, sich mit dem Problem zu beschäftigen und die Bevölkerung zu informieren.

Bisher ist wenig geschehen.

Die CDU/CSU geführte Bundesregierung plant, die Brennelemente-Steuer Ende des Jahres 2016 abzuschaffen. Damit würden sie den AKW-Betreibern über 5 Milliarden Euro schenken. Für dieses „Geschenk“ müssten die Bürger und Bürgerinnen durch Abgaben letztendlich aufkommen.



## So Nicht:

## Geheimvertrag TTIP - Nein Danke!

Seit dem 1. Februar 2016 wird deutschen Parlamentariern Einblick in die Verhandlungsunterlagen vom geplanten Freihandelsabkommens TTIP **nur unter besonderen strengen Bedingungen** gewährt.

Im Wirtschaftsministerium wurden nun nach Angaben aus dem Hause mehrere Computerarbeitsplätze eingerichtet, an denen bis zu acht Abgeordnete gleichzeitig in die bislang 13 Verhandlungsdossiers Einsicht nehmen können. **Der Raum ist pro Woche nur für wenige Stunden geöffnet. Entscheidende Dokumente wie die Anhänge, in denen die wichtigen Details geregelt sind, fehlen vollkommen.**

Die Unterlagen sind weiterhin mit einer Geheimhaltungsstufe versehen, deshalb sehen die Einsichtsbedingungen so aus:

- \* Abgeordnete dürfen die Dokumente nur unter Aufsicht einsehen;
  - \* vorher müssen sie eine Vertraulichkeitserklärung unterzeichnen, in der sie zusichern, den Inhalt der Dokumente nicht mit unbefugten Dritten zu teilen;
  - \* Handys, Laptops und andere elektronische Geräte sind nicht erlaubt;
  - \* die vorgelegten handelsrechtlichen Texte sind nur in Englisch;
  - \* die Parlamentarier dürfen sich handschriftliche Notizen machen, aber keine Kopien der Dokumente anfertigen.
- Transparenz bleibt in jeder Hinsicht weiterhin Fehlanzeige

In unserer Demokratie gilt: **alle Macht geht vom Volke aus!** Es steht auch uns Bürgerinnen und Bürger ein unbeschränkter Einblick in alle Verhandlungsunterlagen von TTIP unverzüglich zu.

**Was hier verhandelt und abgeschlossen wird, betrifft uns und wir haben das Recht, unser Leben frei zu gestalten.** *Übernommen bei Campact*

